

II-3585 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1822/B

1978 -04- 19

A n f r a g e

der Abgeordneten PETER, Dipl.Ing.HANREICH, Dr.BROESIGKE

an den Herrn Bundesminister für Finanzen

betreffend Grenzüberwachung - Auflassung von Zollämtern an der Grenze zur CSSR

Nach vorliegenden Informationen, die auch durch eine Anfragebeantwortung des Herrn Bundesministers für Finanzen bestätigt wurden, beabsichtigt die Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland, an der Nordgrenze Niederösterreichs insgesamt 18 Zollwacheabteilungen aufzulassen. Betroffen sind hievon die Zollwacheabteilungen Höhenberg, Brand, Rottal, Reingers, Fratres, Ober-Thürnbach, Riegersburg, Hardegg, Mitter-Retzbach, Groß Kadolz, Zwingendorf, Wildendürnbach, Reinthal, Bernhardtsthal, Drösing, Angern, Zwerndorf und Schloßhof.

Ein kürzlich vom ORF ausgestrahlter TV-Bericht, indem sogar von der beabsichtigten Auflassung von 21 Zollwacheabteilungen die Rede war, brachte in diesem Zusammenhang alarmierende Details. Danach soll es bereits zu wiederholten Malen vorgekommen sein, daß bewaffnete Zollorgane der CSSR völlig ungehindert weit in österreichisches Territorium - so auch bis tief in das Stadtgebiet von Gmünd - eingedrungen sind.

Es kann nicht verwundern, daß dieser Zustand von der Bevölkerung des betroffenen Grenzgebietes mit wachsender Besorgnis registriert wird.

Im Zusammenhang mit der gegenständlichen Problematik ist natürlich zu berücksichtigen, daß nach der derzeitigen Gesetzeslage die von der Zollwache in Form des Streifendienstes zu versiehende Grenzüberwachung an sich nur der Wahrnehmung der Hoheitsrechte des Bundes auf dem Eingangsabgabensektor zu dienen hat, während die Überwachung des Eintrittes in das Bundesgebiet und des Austrittes aus diesem in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Inneres fällt.

Es ändert dies jedoch nichts an der Tatsache, daß die gegenwärtige Situation - im Norden Niederösterreichs ebenso wie in anderen Grenzgebieten - ausgesprochen

- 2 -

unbefriedigend ist, das umsomehr, als ja auch im Bereich der Gendarmerie die Auflassung vieler Posten laufend beobachtet werden muß.

Wie nun aus einer Mitteilung des Herrn Bundesministers für Finanzen hervorgeht, sind das Bundesministerium für Finanzen und das Bundesministerium für Inneres gegenwärtig um eine legislative Regelung bemüht, durch welche die Befugnisse der zur Überwachung der Zollgrenze im Streifendienst eingesetzten Zollwacheorgane in polizeilicher Hinsicht erweitert werden.

Die Schaffung einer derartigen Regelung erscheint in der Tat notwendig, im Hinblick auf die oben geschilderte Situation an der Nordgrenze Niederösterreichs aber auch besonders dringlich. Die positive Wirkung der hier in Rede stehenden Erweiterung der Zollwachebefugnisse wird allerdings, so steht zu befürchten, durch die beabsichtigte Auflassung so vieler Zollwacheabteilungen zu einem erheblichen Teil in Frage gestellt bzw. zumindest abgeschwächt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

1. Bis wann ist mit der Fertigstellung eines Ministerialentwurfes zu rechnen, der eine entsprechende Erweiterung der Befugnisse der zur Grenzüberwachung eingesetzten Zollorgane vorsieht ?
2. Halten Sie die Auflassung von 18 Zollwacheabteilungen an der Nordgrenze Niederösterreichs angesichts der beabsichtigten Erweiterung der Zollwachebefugnisse für sinnvoll bzw. für vertretbar ?
3. Wie lautet Ihre Stellungnahme zu den derzeitigen Mißständen an der niederösterreichischen Nordgrenze ?